



**HSGB**  
HESSISCHER STÄDTE-  
UND GEMEINDEBUND

Hessischer Städte- und Gemeindebund · Postfach 1351 · 63153 Mühlheim/Main

Hessisches Ministerium für Landwirtschaft und Umwelt,  
Weinbau, Forsten, Jagd und Heimat  
Postfach 3109  
65021 Wiesbaden

Referenten Fr. Vogelmann, Hr.  
Brodth, Fr. Erb  
Abteilung 2.2  
Unser Zeichen Vo/SB/AE/Lo

Telefon 06108 6001-49/40/42  
Telefax 06108 6001-57  
E-Mail [hsgb@hsgb.de](mailto:hsgb@hsgb.de)

Ihr Zeichen VI 3 088a 08.03.02-  
001/2020/002  
Ihre Nachricht vom 28. März 2025  
Datum 02.06.2025

## **Evaluierung des Hessischen Jagdgesetzes vom 5. Juni 2001 (GVBl. I S. 271)**

Sehr geehrter Herr Wilke,

wir bedanken uns für die Möglichkeit im Rahmen der Evaluierung des Hessischen Jagdgesetzes im Interesse der kreisangehörigen Städte und Gemeinden Stellung nehmen zu dürfen.

Wir begrüßen insbesondere die Absicht, das Verfahren zur Festsetzung des zu erstattenden Wildschadens (§§ 33 ff. HJagdG/§ 35 BJG) zu überarbeiten.

Die aktuelle gesetzliche Regelung zum jagdrechtlichen Vorverfahren (§ 36 HJagdG) stellt für die Städte und Gemeinden nämlich ein dringendes Problem dar, das es zu lösen gilt. Auf die Problematik hat der Hessische Städte- und Gemeindebund schon mehrfach hingewiesen, nämlich mit Schreiben an das seinerzeit zuständige Hessische Ministerium für Umwelt, Klimaschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz vom 16.6.2015, 21.12.2015, 20.5.2020 und 2.2.2021 sowie im Rahmen der Landtagsanhörung zum Gesetz zur Änderung jagdrechtlicher Vorschriften im Jahre 2024. Eine schriftliche Antwort bezüglich der dort aufgezeigten Probleme steht bis heute aus.

Zusammengefasst stellt sich die Problematik wie folgt dar:

Wildschäden sind nach § 36 HJagdG vom Gemeindevorstand festzusetzen, d.h. Städte und Gemeinden erlassen i.R. des jagdrechtlichen Vorverfahrens Verwaltungsakte, in denen über zivilrechtliche (!) Forderungen entschieden wird. In der Praxis ist festzustellen, dass das jagdrechtliche Vorverfahren häufig als Projektionsfläche für anderweitige Konflikte dient. Ähnlich wie bei baurechtlichen oder nachbarrechtlichen Streitigkeiten, die häufig sehr emotional geführt werden und ihren Ursprung an anderer Stelle haben, findet der Streit nicht nur zwischen An-

**Hessischer Städte- und  
Gemeindebund e.V.**  
Henri-Dunant-Str. 13  
D-63165 Mühlheim am Main  
Telefon 06108 6001-0  
Telefax 06108 6001-57

**BANKVERBINDUNG**  
Sparkasse Langen-Seligenstadt  
IBAN DE66 5065 2124 0008 0500 31  
BIC: HELADEF1SL  
  
Steuernummer: 044 224 00204

**PRÄSIDENT**  
Markus Röder  
**ERSTER VIZEPRÄSIDENT**  
Dr. Johannes Hanisch  
**VIZEPRÄSIDENT**  
Matthias Baaß

**GESCHÄFTSFÜHRER**  
Johannes Heger  
Dr. David Rauber  
Harald Semler

spruchsteller und Anspruchsgegner statt, sondern regelmäßig gerät auch die Gemeinde als verfahrensführende Behörde ins „Kreuzfeuer“, was zu einer übermäßigen Belastung der Bediensteten führt.

Letztlich ist festzuhalten, dass die Gemeinden hier als Behörde dazu gezwungen sind, über zivilrechtliche Ansprüche zweier privater Parteien zu entscheiden, denn um nichts anderes handelt es sich beim Wildschadensersatz. Zum einen erscheint es systemfremd, über zivilrechtliche Ansprüche per Bescheid zu entscheiden, der dann wiederum vor dem Amtsgericht anzufechten ist. Zum anderen ist festzuhalten, dass die Gemeinden mit der Entscheidung über zivilrechtliche Ansprüche in einem Verfahren, in dem sie „gerichtsähnlich“ tätig werden, strukturell überfordert sind. Beispielhaft sei nur darauf hingewiesen, dass bei der Beurteilung eines Mitverschuldens (§ 254 BGB) überaus komplexe und schwierige rechtliche Fragen abzuarbeiten sind. Ähnlich verhält es sich bei der Verteilung der Kosten nach billigem Ermessen (§ 36 Abs. 5 S. 2 HJagdG). Diese Entscheidung bestimmt sich analog § 91 ZPO nach dem Grad des Obsiegens bzw. Unterliegens. Da bei dem Antrag auf Durchführung des jagdrechtlichen Vorverfahrens jedoch von der weit überwiegenden Rechtsprechung keine konkrete Bezifferung verlangt wird, fehlt der Ansatzpunkt für die Verteilung der Kosten, was wiederum neue Streitigkeiten nach sich zieht. Zuletzt können nach § 36 Abs. 6 Satz 1 HJagdG die Verfahrensgebühren sowie die notwendigen Auslagen, insbesondere Reisekosten und Gebühren der zum Schätzen bestellten Personen, den Beteiligten in Rechnung gestellt werden. Demgegenüber regelt § 37 Abs. 2 S. 2 HJagdG, dass – im Falle des Rechtsmittels – das zuständige Zivilgericht über die zu erstattenden Kosten des Verfahrens nach § 36 HJagdG nach billigem Ermessen zu erkennen hat. Dieses Urteil bindet jedoch nur Kläger und Beklagten. Mithin wird zwar über die Kosten der Gemeinde entschieden, diese hat jedoch keine Möglichkeit auf der Grundlage des Urteils diese Kosten tatsächlich auch geltend zu machen. Insgesamt sind die rechtlichen Vorgaben zum jagdrechtlichen Vorverfahren derart rudimentär und defizitär, dass rechtssichere Entscheidungen gar nicht möglich sind.

Wir bitten Sie daher ebenso höflich wie nachdrücklich, dass jagdrechtliche Vorverfahren in seiner heutigen Form abzuschaffen oder zumindest im Interesse aller hessischen Städte und Gemeinden dafür Sorge zu tragen, dass das Hessische Jagdgesetz dahingehend überarbeitet wird, dass Städte und Gemeinden der ihnen gesetzlich übertragenen Aufgabe tatsächlich auch rechtssicher nachkommen können.

In diesem Zusammenhang sei beispielsweise auf die Rechtslage in Baden-Württemberg hinzuweisen. Im dortigen Jagd- und Wildtiermanagementgesetz (JWMG), siehe hier insbesondere § 57 JWMG, und der Verordnung des Ministeriums Ländlicher Raum zur Durchführung des Jagd- und Wildtiermanagementgesetzes (DVO JWMG), wird der Wild- oder Jagdschaden zwar ebenso wie in Hessen bei der Gemeinde angezeigt, diese muss jedoch keinen jagdrechtlichen Vorbescheid erlassen. Vielmehr wird der Versuch des Erzielens einer gütlichen Einigung auf die Betroffenen, also den Geschädigten und den Jagdausübungsberechtigten übertragen. Dies erscheint insofern als eine sachgerechte Lösung, als dass Gegenstand der Streitigkeit zivilrechtliche Schadensersatzansprüche zwischen zwei privaten Parteien ist. Hinzu kommt eine merkliche Entlastung der Gemeinden, da die Erstellung der jagdrechtlichen Vorbescheide mit einem

hohen Verwaltungsaufwand verbunden ist, der sich gerade in den heutigen Zeiten angespannter Personalsituationen und des Fachkräftemangels erheblich bemerkbar macht.

Darüber hinaus ist anzumerken, dass nach den gesetzlichen Regelungen in Baden-Württemberg die Anerkennung von Wildschadenschätzern durch die untere Jagdbehörde erfolgt. Auch hierbei handelt es sich um eine Regelung, die für die Städte und Gemeinden eine wesentliche Erleichterung darstellt, da es häufig mit erheblichen Schwierigkeiten verbunden ist, überhaupt einen geeigneten Wildschadenschätzer zu finden.

Letztendlich ist festzuhalten, dass mit der aktuellen gesetzlichen Regelung in Hessen bezüglich des jagdrechtlichen Vorverfahrens erhebliche Belastungen und Risiken für Städte und Gemeinden einhergehen. Vor diesem Hintergrund bitten wir Sie nachdrücklich um Berücksichtigung der oben dargelegten Problematik im Rahmen des aktuellen Verfahrens zur Evaluierung des Hessischen Jagdgesetzes und einer entsprechenden Anpassung der gesetzlichen Regelungen.

Mit freundlichen Grüßen

gez. Heger

Heger  
Geschäftsführer